

Bush-Regierung bekämpft Menschenrechtsklagen gegen Multis

Kürzlich warnte die US-Regierung ein kalifornisches Gericht, dass der Prozess gegen Menschenrechtsverletzungen des Ölkonzerns Exxon Mobil in Indonesien die Terrorismusbekämpfung und die Investitionen in einem wichtigen verbündeten Land behindern könnte. Auf gleiche argumentative Schützenhilfe aus dem Weissen Haus hofft nun auch der Ölmulti Unocal. Gegen ihn haben BurmesInnen wegen Zwangsarbeit geklagt. Gegenwärtig sind in den USA mehr als zehn Klagen gegen multinationale Konzerne wegen Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen hängig. Die Klagen beruhen auf einem 200 Jahre alten Gesetz, dem "Alien Tort Claims Act". Er bildet auch die gesetzliche Grundlage, auf der die Entschädigungsklagen gegen Banken und Unternehmen beruhen, welche mit dem Apartheidregime Geschäfte getätigt haben (siehe Schwerpunkt in dieser fpi).

Das Terrorismusargument sei eine "unwiderstehliche Möglichkeit", den "Alien Tort Claims Act" loszuwerden, kommentierte ein früherer Mitarbeiter des US-State Departments das jetzige Vorgehen der US-Regierung.

Menschenrechtsorganisationen in den USA bezichtigen die Regierung der Heuchelei. Im Jahr 2000 hatte die US-Regierung (damals noch unter Bill Clinton) nämlich eine internationale Initiative lanciert, um Menschenrechtsverletzungen von Öl- und Bergbaufirmen in der Dritten Welt zu stoppen.

Schon im Jahr 2000 mussten US-Menschenrechts- und Solidaritätsbewegungen eine schwere Einschränkung ihrer bewährten politischen Handlungsmöglichkeiten in Kauf nehmen. Der oberste Gerichtshof der USA erklärte damals die Wirtschaftssanktionen des Gliedstaates Massachusetts gegen Unternehmen, die mit Burma Geschäfte machen, als verfassungswidrig. Solche aussenpolitischen Entscheide seien Sache der Zentralregierung. Damals hatten US-Wirtschaftsverbände und die EU gegen Massachusetts geklagt und Recht bekommen. (Financial Times 8./9.8.02; NZZ 21.6.00)

MM